

BODENSEE BUSINESS FORUM

BBF
Bodensee Business Forum

Der russische Angriff auf die Ukraine stellt die Grundlagen der von der Bundesrepublik in den vergangenen Jahrzehnten Friedensdividende, von der nach dem Fall der Mauer geträumt Corona-Pandemie, die Lieferketten in Frage stellt. Inflation und Energieversorgung sind weitere Herausforderungen, die eine Rezession wahrscheinlich machen. Vorsichtig formuliert: Der Kontinent steht vor komplexen politischen und finanziellen Gemengelagen. Gleich ob es sich um die Ukraine, das Verhältnis zu China oder die Fußball-WM in Katar handelt. Auch wenn die Europäische Union den Welthandel retten will, muss die Wertegemeinschaft bei der Verteidigung von Menschenrechten klar Position beziehen.

internationalen Beziehungen in Frage. Die Globalisierung, so profitiert hat, scheint Geschichte zu sein. Es gibt keine wurde. Vielmehr herrscht Krieg in Europa. Dazu kommt die

Dr. Hendrik Groth
Editor at large

Vernetzen statt verzweifeln – Impulse für Wege aus den Krisen

Graf-Zeppelin-Haus, Friedrichshafen

FOTO: ACHIM MENDE

Mit freundlicher
Unterstützung von:



Die Weltwirtschaft steckt aufgrund des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine in einer dramatischen Krise. Am Bodensee wurde über die Folgen und mögliche Lösungen diskutiert.

Der Inflationsdruck bleibt hoch

Verbraucher und Unternehmen müssen sich auf eine lang anhaltende Phase hoher Teuerungsraten einstellen

Von Andreas Knoch

FRIEDRICHSHAFEN - Die Inflation ist gekommen, um zu bleiben. Mit dieser unerfreulichen Nachricht werden sich Verbraucher und Unternehmen wohl arrangieren müssen. Die rekordhohen Teuerungsraten der vergangenen Monate dürften zwar zurückkommen (im August lag die Inflation in Deutschland bei 7,9 Prozent). Doch das Inflationsziel der Europäischen Zentralbank (EZB) von annähernd zwei Prozent wird wohl auf absehbare Zeit nicht erreicht werden. Dieses Fazit zogen am Dienstag führende Banker aus dem Südwesten auf dem „Bodensee Business Forum“ (BBF) in Friedrichshafen. „Eine Teuerung von vier bis fünf Prozent in den nächsten Jahren halte ich für realistisch“, sagte Roman Glaser, Präsident des Baden-Württembergischen Genossenschaftsverbands.

Sowohl Glaser als auch Peter Schneider, Präsident des baden-württembergischen Sparkassenverbands, waren sich einig in ihrer Einschätzung, dass die EZB in Sachen Inflationsbekämpfung die Zügel viel zu lange hat schleifen lassen. „Es gibt keine Institution in Europa, die so viel ökonomischen

Sachverstand konzentriert hat und auf eine ähnlich riesige Datenbasis zurückgreifen kann wie die EZB. Und trotzdem sind solch haarsträubende Fehler bei der Inflationsprognose herausgekommen. Dabei haben sich die anziehenden Teuerungsraten über mehrere Quartale hin abgezeichnet“, wettete Schneider. Nun müsse die EZB die Zinsen erhöhen, und zwar schnell, um an den Märkten Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen.

Inzwischen wird in der Notenbank selbst über die Fehlprognosen gesprochen und über Verbesserungen nachgedacht. „Wir können uns nicht mehr nur auf die Vorhersagen unserer Modelle verlassen“, sagte EZB-Präsidentin Christine Lagarde unlängst in einem Interview. Und auf der Pressekonferenz nach der September-Zinssitzung äußerte sich die Französin noch einmal zu dem Thema. „Ja, wir haben Prognosefehler bei der Inflation gemacht“, gab sie zu. Mit dieser Einschätzung ist Lagarde nicht allein. Weltweit lagen die Notenbanken mit ihren Inflationsprognosen grandios daneben: Die Teuerungswelle wurde nicht nur von der EZB sondern auch von der US-amerikanischen Fed und anderen Zentralbanken unterschätzt. Das rächt sich jetzt. Denn

die Währungshüter müssen nun versuchen, die verlorene Zeit aufzuholen, indem sie die Zinssätze so stark anheben wie seit Jahrzehnten nicht mehr.

Glaser machte für das Dilemma der EZB auch die Vermischung von Geld- und Fiskalpolitik verantwortlich. „Die originäre Aufgabe der EZB ist Geldwertstabilität. Diesen Pfad hat sie verlassen und ihr Mandat immer weiter ausgedehnt – zum Schaden der breiten Bevölkerung“, argumentierte der Genossenschaftsbanker. So habe die EZB die Staatsverschuldung in der Euro-Schuldenkrise moderiert, den Euro gerettet und nun wolle sie auch noch den Klimawandel bekämpfen – alles Aufgaben, die nicht durch ihr Mandat gedeckt seien.

Die Konsequenzen illustrierte Sparkassenpräsident Schneider an zwei Beispielen: Schon vor dem jüngsten Inflationsschub seien rund 40 Prozent der privaten Haushalte nicht mehr sparfähig gewesen. Für diese Verbraucher reicht das monatliche Einkommen also gerade so aus, ihre Ausgaben zu decken. Durch die Inflation habe sich diese Quote in Richtung 60 Prozent verschoben – treffe also immer stärker auch die Mittelschicht, das Rückgrat unserer Gesellschaft. Und für Sparrer liege



Was kann die Inflation stoppen? Darüber diskutierten Helene Sommer, Peter Schneider, Roman Glaser und Ursula Weidenfeld (von links) auf dem Bodensee Business Forum 2022. FOTO: MICHAEL SCHEYER

der Realzins, also die sichere Anlagemöglichkeit in Bundesanleihen abzüglich der Inflationsrate, aktuell bei rund minus sieben Prozent. „Übersetzt heißt das: Wenn das so bleibt, verliert man in drei Jahren ein Fünftel des Werts seiner Ersparnisse. Ein Fünftel!“, so Schneider. Inzwischen droht auch die letzte Bastion gegen eine länger anhaltende Inflation zu brechen: Die Stabilität der Inflationserwartungen. Denn wenn die Inflationserwartungen steigen, droht eine Preis-Lohn-

Preis-Spirale. Die Preise steigen, weil die Leute erwarten, dass sie steigen. Und danach sieht es aus. Nach Daten der Bundesbank sind die Inflationserwartungen der Privathaushalte in Deutschland für die kommenden zwölf Monate von gut 3,5 Prozent im August 2021 auf 7,5 Prozent im August 2022 gestiegen. Auch die Erwartungen für die nächsten fünf und zehn Jahre sind heute deutlich höher als noch vor Jahresfrist und liegen bei über fünf beziehungsweise über vier Prozent.

Wenn eine hohe Inflation erwartet wird, wollen die Arbeitnehmer zum Ausgleich höhere Löhne. Aus der Inflationszeit der 1970er-Jahre ist bekannt, dass die Gewerkschaft ÖTV unter Heinz Klunker im Jahr 1974 eine Lohnerhöhung von elf Prozent durchsetzte. Eine ähnliche Entwicklung droht heute wieder. So fordert die Gewerkschaft IG-Metall für die knapp vier Millionen Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie eine Lohnerhöhung von acht Prozent. „Die Lohnforderungen müssen unseren Mitgliedern einen spürbaren Entgeltzuwachs bescherten“, sagte Helene Sommer, Erste Bevollmächtigte der IG Metall Friedrichshafen-Oberschwaben auf dem BBF. Man könne und wolle sich in der aktuellen Situation nicht mit Einmalzahlungen zufriedengeben.

Im Oktober wird zudem der gesetzliche Mindestlohn um 25 Prozent steigen, und angesichts der Energiekrise ein drittes milliardenschweres Entlastungspaket auf den Weg gebracht – was den Preisauftrieb befeuern könnte. Doch damit nicht genug. Lieferengpässe und geopolitische Spannungen dürften preissteigernd fortwirken. Das Gespenst Inflation wieder einzufangen, wird eine Herkulesaufgabe.



PIONEERING THE PATH TO NET ZERO

Wir gehen den nächsten Schritt in die klimaneutrale Zukunft und haben unsere Strategie mit „Net Zero at Power Systems“ auf umweltfreundliche Lösungen für Energie und Antrieb ausgerichtet. Ein Meilenstein ist die Zertifizierung der wichtigsten mtu-Motorenprodukte, die schon ab 2023 mit nachhaltigen Treibstoffen laufen und dann sukzessive in den Einsatz gebracht werden. Bis 2030 wollen wir mit neuen Technologien Treibhausgas-Emissionen um über ein Drittel reduzieren. Dieses zeitnahe Ziel spielt eine wichtige Rolle bei dem Bestreben der Rolls-Royce-Gruppe, bis spätestens 2050 Klimaneutralität zu erreichen.

www.mtu-solutions.com
www.rolls-royce.com



Herausforderungen einer neuen Weltordnung

Hochkarätige BBF-Debatte zum Thema „Das Ende der Globalisierung? Sprengen Kriege und Krisen unsere Lieferketten?“

Von Dirk Grupe

FRIEDRICHSHAFEN - Als vor rund 30 Jahren die Mauer fiel und der Kalte Krieg in sich zusammenfiel, schien die Welt neu zu erwachen. Schien es für Waren und Menschen keine Grenzen mehr zu geben. Es war der Beginn eines Versprechens namens Globalisierung. „Diese Zeit endet nun“, sagt Daniel Risch, Regierungschef des Fürstentums Liechtenstein, auf dem BBF-Podium. Aber endet damit automatisch auch die Globalisierung?

„Die Globalisierung werden wir nicht zurückdrehen“, ist sich Simone Ruehfel, Leiterin Krisenstab Logistik bei Rolls-Royce Power Systems AG, sicher. Um die Lieferketten für Unternehmen auch unter veränderten Bedingungen aufrechtzuerhalten, brauche es aber neue Strategien. Strategien, die Szenarien beinhalten für politische Verwerfungen jeglicher Art, die Engpässe erst gar nicht entstehen lassen und Probleme schneller lösen. Die durch eine breite Aufstellung Stabilität erzeugen, wie Günther Oettinger, früherer Ministerpräsident, EU-Kommissar und inzwischen Präsident der EBS Universität für Wirtschaft und Recht, erklärt: „Wir brauchen eine Diversität in den Lieferketten.“

Abhängigkeiten, wie von Russland beim Gas oder in vielfacher Hinsicht von China, müssen demnach enden oder nicht weiter ausgebaut werden. Ein Paradigmenwechsel, wie Christian Böllhoff, Gesellschafter des Analyse- und Beratungsunternehmens Prognos, kritisiert. „In Deutschland hatten wir uns kommod auf die Verhältnisse eingerichtet. Die Bedingungen än-

dern sich jedoch, wir müssen viel stärker in möglichen Zuständen denken.“

Der Politik kommt dabei laut Oettinger eine wichtige Rolle zu: „Entscheidend ist der Dialog zwischen den führenden Köpfen der Wirtschaft und der Politik.“ Weil nur die Wirtschaft um die Probleme weiß, bei denen die Politik helfen kann, diese zu lösen. Und das auch im Sinne der Gemeinschaft und bei elementaren Fragen, wie Risch betont: „Wir Politiker müssen dafür sorgen, dass überhaupt Strom fließt.“

Die Welt, das haben die vergangenen Monate und Jahre gezeigt, ist unsicherer und noch schneller geworden. Demokratiekrise, Klimakrise und Krieg auf europäischem Boden haben vermeintliche Gewissheiten Lügen gestraft. Aber manche Veränderungen zum Positiven auch erst ermöglicht, wie Christian Böllhoff sagt, sei es während der Pandemie oder auch jetzt während der Energienot. „Im Febru-



Ex-EU-Kommissar Günther Oettinger. FOTO: TRAUTMANN

ar waren wir noch zu 55 Prozent von russischem Gas abhängig – jetzt sind es 15 Prozent. Ohne Krise wäre das undenkbar gewesen“, so Böllhoff. „Man darf unsere Anpassungsfähigkeit nicht unterschätzen.“

Anpassung und Aufgeschlossenheit werden auch künftig unabdingbar sein, auch vonseiten der Bürger, wie Regierungschef Risch erklärt: „Es darf kein Tabuthema sein, dass wir länger arbeiten müssen. Und zwar so, dass die Menschen auch Spaß dabei haben.“ Was trotzdem für jeden Einzelnen enorme Herausforderungen mit sich bringen kann. Denn der „Strukturwandel wird sich beschleunigen“, wie Günther Oettinger sagt. Übt früher ein Hufschmied seinen Beruf ein Leben lang aus, könne es künftig sein, dass sich innerhalb eines Arbeitslebens das Berufsbild zwei-, dreimal ändert. „Der Einzelne muss neugierig sein, dazulernen. Wir müssen uns fit halten, wie bei einem Formel-1-Boxenstopp, wenn nachgetankt wird.“

Dafür aber, um im Bild zu bleiben, braucht es Piloten. „Uns gehen die Arbeiter aus“, warnt Oettinger. „Andere Völker sind viel jünger als wir.“ Deshalb müssten die Entscheidungsträger genauso über Ausbildungsstrukturen sprechen wie über gezielte Zuwanderung. „Wir müssen über Zumutungen sprechen.“

Widrigkeiten gibt es also reichlich, aufhalten lässt sich der Wandel aber gewiss nicht. Es liegt jedoch an uns, was wir draus machen, ist Christian Böllhoff überzeugt. „Wir müssen Transformation nicht als etwas sehen, das wir über uns ergehen lassen müssen.“ In diesem Sinne lautet die Antwort auf die Frage nach dem Ende der Globalisierung: nein. Unklar ist nur, wie sie sich in einer sich immer schneller drehenden Welt entwickelt. Und ob wir darin Opfer sind oder Gestalter von Gegenwart und Zukunft.

Der unerwartete Konflikt im Osten Europas hat die Weltordnung durcheinander gewirbelt. Beim Bodensee Business Forum wurde über die Auswirkungen diskutiert – für die Ukraine, den Westen und den gesamten Planeten.

Melnyk warnt vor Abkommen mit Russland

Fehler der Vergangenheit und ein Blick in die Zukunft – Deutschland und der Krieg in der Ukraine

Von Claudia Kling

Der ukrainische Botschafter Andrij Melnyk war nicht zum ersten Mal zu Gast beim Bodensee Business Forum (BBF). Doch zum ersten Mal war wirklich allen im Saal klar, welche Brisanz seine Forderungen haben. Wenn Melnyk, der seit 2015 Botschafter in Deutschland ist, in den vergangenen Jahren vor Russland gewarnt hatte, stieß er oft auf taube Ohren – trotz der Annexion der Krim im Jahre 2014. Inzwischen führt der russische Präsident Wladimir Putin seit 209 Tagen Krieg gegen die Ukraine – und Politiker streiten darüber, welchen Beitrag Deutschland leisten kann, um die Lage in der Ukraine zum Besseren zu wenden.

Melnyk sieht die Sache so: Von Deutschland hänge es ab, ob die Ukraine überlebt, sagte er im Vorfeld des BBF. „Nichts sollte im Wege stehen, um die Ukraine bei ihrem Überlebenskampf zu unterstützen“, betonte er in einer von Ursula Münch, Direktorin der Akademie für Politische Bildung in Tutzing, moderierten Diskussionsrunde. Für Deutschland sei der Krieg in seinem Heimatland kein Dilemma, wie es im Titel der Veranstaltung hieß, sondern eine Ein-



Beim Bodensee Business Forum diskutiert der ukrainische Botschafter Andrij Melnyk (links) im Graf-Zeppelin-Haus mit dem früheren NATO-General Jürgen Knappe (Mitte) und dem CDU-Bundestagsabgeordneten Roderich Kiesewetter.

FOTO: STEFAN PUCHNER/DPA

ladung an die Bundesregierung, durch Handeln den Anspruch, eine Führungsmacht zu sein, zu untermauern.

Dass Deutschland derart im Fokus steht, wenn es um den Krieg in der Ukraine geht, hat Ursachen, die weit über die aktuellen Geschehnisse hinausgehen. Dabei

spielen natürlich die Verbrechen der Nationalsozialisten im Zweiten Weltkrieg eine Rolle, aber auch die jüngste Vergangenheit nach dem Ende des Kalten Krieges. Deutschland habe in den vergangenen 30 Jahren die äußere Sicherheit vernachlässigt, sagte der CDU-Außenexperte Roderich Kiesewetter,

Abgeordneter für den Wahlkreis Aalen/Heidenheim. Der Krieg in der Ukraine sei deshalb auch eine Chance für Deutschland, alte Denkmuster zu überarbeiten. Jürgen Knappe, Generalleutnant a. D., der im Ulmer Nato-Hauptquartier tätig war, erinnerte an das Zwei-Prozent-Ziel – zwei Prozent der jährlichen

Wirtschaftsleistung für Verteidigung auszugeben –, das Deutschland nicht erfüllt habe. Die Regierungen hätten geglaubt, äußere Sicherheit durch soziale und wirtschaftliche Vernetzung erreichen zu können.

Auch mit Blick auf Russland habe Deutschland Fehler gemacht, kritisierte Melnyk. Die Ukraine sei immer im Schatten geblieben, deshalb sei es nach der Annexion zum Minsker Abkommen gekommen, das der russische Präsident Wladimir Putin dazu genutzt habe, einen noch größeren Krieg vorzubereiten. Der frühere Hörfunkdirektor des Bayerischen Rundfunks und Osteuropa-Experte Johannes Grotzky ergänzte, dass auch von den Medien die Ukraine vernachlässigt worden sei. Berichte über das Land seien von Moskau oder Wien aus entstanden, weil es in Kiew die meiste Zeit kein Büro gegeben habe.

Noch schwieriger als der Blick zurück ist allerdings eine Prognose für die Zukunft der Ukraine. Wie könnte es weitergehen in dem kriegszerstörten Land, das sich nun seit sieben Monaten gegen die russischen Angriffe zur Wehr setzt? Melnyk, dessen Zeit als Botschafter in Berlin Mitte Oktober zu Ende ist, sieht die Ukraine als Teil Europas –

„gleichberechtigt“, nicht als „Bittsteller“. Sein Land könne einen Beitrag zum Wohlstand in Europa leisten, sich gleichzeitig auch im Inneren reformieren und die Zeit der Oligarchen beenden. Seit Juni dieses Jahres ist die Ukraine offiziell EU-Beitrittskandidat.

Auch diese heiklen Fragen kamen auf dem BBF-Podium zur Sprache: Wie viel Dialog mit Russland braucht es, um den Krieg im Osten Europas zu beenden? Und kann die Ukraine weiterhin mit der Solidarität des Westens rechnen, sollte Putin zum Waffenstillstand bereit sein? Der frühere Schweizer Botschafter in Berlin, Tom Guldemann, sagte, es sei notwendig, sich um Gesprächskanäle nach Moskau zu bemühen und diese auch zu stärken. „Alle Dialogmöglichkeiten müssen aufrechterhalten werden“, so Guldemann. Der Osteuropa-Experte Grotzky betonte, die Ukraine brauche einen sicheren Partner im Osten. Bis Russland diesen Anspruch wieder erfüllen könne, werde es Jahrzehnte dauern, so seine Prognose. Auch Melnyk warnte vor einer verfrühten Diskussion über einen Waffenstillstand. Russland werde jedes Abkommen nur als Verschnaufpause nutzen, um weitere Kriege vorzubereiten.

China respektvoll und selbstbewusst begegnen

Wie Deutschland am besten in den Dialog mit China treten sollte

Von Simon Müller

China ist einer der wichtigsten wirtschaftlichen Handelspartner Deutschlands. Gleichzeitig sind die Fronten zwischen den beiden Ländern in vielen politischen Fragen verhärtet. Aus westlichem Blickwinkel verstößt China immer wieder gegen Menschenrechte, hat beim Klimaschutz oftmals andere Ansichten als Europa und steht beim Angriffskrieg auf die Ukraine auf der Seite Russlands. Wie soll Deutschland mit einem seiner wichtigsten wirtschaftlichen Partner künftig umgehen? Wie kann man den Dialog mit China aufrechterhalten?

Diese Fragen haben sich China-Experten im Rahmen des Bodensee Business Forums in Friedrichshafen gestellt. „Ich bin froh, dass die Frage nicht lautet, ob wir überhaupt einen Dialog mit China führen sollten“, sagt Christine Zhang-Lippert, seit

2018 selbstständige Beraterin für deutsch-chinesische Zusammenarbeit. „Wir müssen den Dialog mit Offenheit, Achtung und beidseitigem Nutzen angehen.“ Zwar hat Zhang-Lippert nicht die eine Lösung parat, wie Deutschland die moralischen Differenzen – gerade bei Menschenrechtsverletzungen – überwinden kann. „Aber mit Dialog nähern wir uns an. Ich bin mir sicher, dass Chinas Regierung sich weiter öffnet. Das wird aber Geduld brauchen.“

Auch die ehemalige Generalkonsulin der Bundesrepublik Deutschland in Shanghai, Christine Althaus, ist sich sicher, dass der Dialog mit China weitergeführt werden muss. Aus ihrer Sicht ist aber auch Deutschland verpflichtet, seine Hausaufgaben zu machen. „Es fehlt oft an Vernetzung und Austausch“, erklärt sie. Außerdem wüssten die meisten Europäer viel zu wenig über die chinesische Innenpolitik, Kultur

und Geschichte. Das sieht auch Annette Schavan so, Vorsitzende des Deutsch-Chinesischen Dialogforums: „China bekommt genau mit, was in Europa passiert. Wir müssen aufpassen, dass nicht schon in wenigen Jahren, mehr junge Chinesen als Europäer Goethe kennen.“ Bei einem Dialog könne Deutschland keine politischen Ziele formulieren, „ohne die Kultur und Geschichte des Gegenübers zu kennen.“

Trotzdem habe sich die „Menschenrechtssituation in den vergangenen Jahren in China verschlechtert“, sagt Gerd Leipold, ehemaliger Vorsitzender von Greenpeace International. Das mache den Dialog aber nicht weniger wichtig. „Im Gegenteil: Wir haben auch viele gemeinsame Interessen“, betont Leipold. Eine alternde Gesellschaft oder der Klimawandel seien Probleme, die beide Länder nur gemeinsam angehen könnten. Schavan pflichtet Leipold bei: „Wir brauchen China für den Klimaschutz. Wir brauchen einander, um die Probleme auf der Welt zu lösen.“

Viele deutsche Unternehmen würden einen intensiveren Dialog mit China begrüßen, meint Lutz Berners. Er berät Firmen, die mit China kooperieren. Berners erklärt beim Bodensee Business Forum: „Viele, gerade mittelständische Unternehmen sind zu 100 Prozent abhängig von chinesischen Rohstoffen. Wir müssen den Dialog mit den Konzernen verstärken.“ China habe in vielen Märkten eine Monopolstellung. „Es fehlt bei den Lieferketten an Diversität und Alternativen“, sagt Berners. Deswegen sei aus wirtschaftlicher Sicht ein intensiver Austausch wichtig. „Wir müssen selbstbewusst in den Dialog mit China treten und dürfen trotzdem nicht aufhören, Menschenrechtsthemen anzusprechen“, sagt Schavan abschließend. Dann könnten die verhärteten Fronten wieder aufweichen.



Annette Schavan stellt beim Bodensee Business Forum klar, wie wichtig in den kommenden Jahren der Dialog mit China ist.

FOTO: TRAUTMANN



AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING

WWW.APB-TUTZING.DE

Morgens Politik, abends Badesteg: Seminare und Tagungen am Starnberger See

Direkt am Starnberger See finden in der Akademie für Politische Bildung Tagungen, Podiumsdiskussionen und Seminare zu aktuellen politischen und gesellschaftlichen Themen statt. Das Besondere: Die Akademie arbeitet überparteilich und überkonfessionell.

Das Publikum ist bunt gemischt. Während der Woche sind Lehrkräfte, Schulklassen und wissenschaftliche Fachtagungen zu Gast. Am Wochenende kommen Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus ganz Deutschland, um sich über

Demokratie, Digitalisierung und internationale Konflikte auszutauschen. Sie schätzen das hohe Niveau der Vorträge von Referentinnen und Referenten aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft. Die Pausen auf dem hauseigenen Badesteg und die Fortsetzung der Gespräche bei gutem Essen tragen ebenfalls zur Beliebtheit der Akademie bei.

Zum Digitalangebot der Akademie zählen kostenlose Online-Veranstaltungen, Social-Media-Kanäle und die Online-Ausgabe des Magazins Akademie-Report.

Programm-Highlights im Herbst

28. – 29. OKTOBER

Arbeitszeitverkürzung als Grundlage eines neuen sozialen Modells?

3. – 5. NOVEMBER

Gewalt in Medien und Kultur

11. – 12. NOVEMBER

Das demokratische Asien: Taiwan

25. – 26. NOVEMBER

Forum Verfassungspolitik: Staatsaufgabe Sicherheit



Wie erreicht man junge Menschen, wofür lassen sie sich begeistern?
Das wurde auf dem Bodensee Business Forum aus zwei ganz verschiedenen
Perspektiven erörtert.

Das Ringen um die Fachkräfte

Im Handwerksbereich ist die Stellenbesetzung besonders schwer geworden

Von Uwe Jauß

Der deutschen Wirtschaft fehlen Fachkräfte. Besonders stark betroffen sind handwerkliche Berufe. Dies ist längst zu einer Binsenwahrheit geworden. Weniger klar stellen sich aber die möglichen Maßnahmen dar, um der Misere Herr zu werden. Dies hat sich auch in der Podiumsdiskussion über die Frage, ob der Fachkräftemangel den Mittelstand bedroht, niedergeschlagen.

Moderator Jürgen Mladek, einer der beiden Chefredakteure der „Schwäbischen Zeitung“, wandte sich zuerst an Karin Brugger, Geschäftsführerin der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten in der Region Ulm-Aalen/Göppingen. Sie meinte: „Ein höherer Verdienst ist eine Möglichkeit, dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.“ Wenn nur der Mindestlohn gezahlt werde, seien keine Fachkräfte zu bekommen.

Mit Blick auf ihre eigene Branche analysierte Brugger, dass Rekrutierungsprobleme zumindest teilweise hausgemacht seien. Sie verwies auf eine hohe Abbrecherquote bei der Ausbildung. Nach ihrer Ansicht habe dies auch mit einer mangelnden Wertschätzung der Berufe zu tun.



Jürgen Mladek (rechts), Chefredakteur der „Schwäbischen Zeitung“, bei der Podiumsdiskussion zum Fachkräftemangel. Seine Gäste sind Peter Friedrich, Karin Brugger, Jürgen Schatz und Markus Kern (von links).

FOTO: MICHAEL SCHEYER

Brugger fand es höchst ärgerlich, „mit welcher Geringschätzung Leute behandelt“ würden. Sie nannte als Beispiele Servicekräfte in der Gastronomie oder im Bereich von Reinigung. Ein weiteres Hemmnis bei der Suche nach Nachwuchs, glaubt Brugger, sei die Aussicht, nach der Ausbildung fürs Erste nur

einen befristeten Arbeitsplatz zu bekommen. Die Gewerkschafterin forderte die Betriebe auf, mit dieser Praxis Schluss zu machen. Zuletzt warnte Brugger noch davor, beim Fachkräftemangel zu stark auf Zuwanderung aus dem Ausland zu setzen. Sie alleine würde das Problem nicht lösen.

Peter Friedrich, Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Stuttgart, wies unter anderem auf den demografischen Wandel hin. So sinke in den nächsten Jahren die Zahl der Ausbildungsfähigen in Baden-Württemberg auf unter 100 000 Menschen. Für seinen Bereich ging er aktuell davon aus, dass auf 4000 besetzte Ausbildungsstellen nochmals 4000 unbesetzte Plätze kämen. „Sie werden vielfach gar nicht mehr ausgeschrieben“, sagte er. Der Grund: Die Betriebe hätten resigniert.

Speziell bei einigen Handwerksberufen ortete Friedrich „schon seit Jahren ein großes Imageproblem“. Er nannte Bäcker und Metzger. Klischeemäßig sei von ungünstigen Arbeitszeiten sowie ebenso unattraktiven Arbeitsumständen die Rede – bei Bäckern hieße es, man müsse um ein Uhr morgens in der Backstube stehen. Bei Metzgern gebe es die Ansicht, den ganzen Tag in Kühlräumen arbeiten zu müssen. Dies sei aber längst überholt. Bäcker wie Metzger seien höchst vielfältige Berufe. Der Qualitätsunterschied von einer Bäckerei oder Metzgerei zu Discountertern könne sehr deutlich sein.

Wobei Friedrich auch darauf hinwies, dass „Betriebe, die in die

Ausbildung investiert haben, weniger Sorgen haben“. Zudem argumentierte er damit, „praktische Berufsorientierung an alle Schulen zu bringen“. Gerade bei weiterführenden Schulen solle es nicht nur um eine Studienorientierung gehen. Schließlich sei es für Menschen wichtig, eine „sinnstiftende Arbeit“ zu finden. Diese könne in allen Bereichen liegen. Des Weiteren müsse man „die Beschäftigten mitnehmen und weiter qualifizieren“. Friedrich erinnerte an den Umstand, dass ein Handwerker inzwischen nach dem Erwerb des Meistertitels studieren könne.

„Es ist wesentlich schwieriger geworden, unsere frei gewordenen Stellen nachzubeseetzen“, betonte Markus Kern, Geschäftsführer der Carthago Reisemobilbau GmbH. Aufträge seien vorhanden. Arbeit gebe es genug. Es würden aber generell die Fachkräfte fehlen. Er forderte, sich „gesellschaftspolitisch damit auseinanderzusetzen, dass Handwerk niedriger bewertet wird als eine akademische Ausbildung“. Auch er verwies auf Weiterbildung und Aufstiegsmöglichkeiten im handwerklichen Bereich: „Wir brauchen ein lebenslanges Lernen“, attestierte er. Kern beschäftigte im Gespräch auch die Zuwanderung.

Man müsse sich mit ihr ernsthaft auseinandersetzen und sich klar machen, „wie wir diese Leute in die Betriebe bringen“. Die Rede war von einer weiteren Qualifizierung von Zuwanderern oder auch der rascheren Anerkennung ausländischer Abschlüsse.

„Wir sind faktisch ein Zuwanderungsland“, brachte Jürgen Schatz, Bereichsleiter Weiterbildung der IHK Weingarten, in Erinnerung. Dies müsse auch genutzt werden. Schatz griff in seinen Statements einmal mehr Studium und handwerkliche Ausbildung auf. „Auch ein Studium ist nur eine Ausbildung“, letztlich so wie eine Lehre, versuchte er deutlich zu machen. „Das Wichtigste ist, dass sich die Rollenbilder ändern.“ Wenn jemand mit Hauptschulabschluss seinen Meister mache, habe er schließlich „sehr tolle Fördermöglichkeiten“.

Nach seiner Erfahrung „gehen auch viele Unternehmen weg von einer Befristung der Arbeitsverträge, um Leute zu halten“. Vieles sei in Bewegung. Auch er wünscht sich jedoch deutlich mehr Respekt fürs Handwerk. Darin sind sich am Schluss alle vier Teilnehmer der Podiumsdiskussion mehr als einig.



Besuchen Sie uns in Carthago City

- Große Verkaufsausstellung Carthago, Malibu Van und Reisemobile
- Test&Rent Vermietstation
- Werksbesichtigungen

Faszination Carthago

Internationale Spitzenklasse aus der Wirtschaftsregion Oberschwaben: Die Carthago Gruppe in Aulendorf ist Europas Nummer eins für Premium-Reisemobile.

Bodenständig und gleichzeitig weltoffen, das ist Carthago Kultur. Mit dem Firmensitz Carthago City in Aulendorf sind wir unseren Wurzeln treu geblieben. Neben der Fertigung unserer Premium-Klasse-Reisemobile sind hier eine große Verkaufsausstellung, ein Servicecenter sowie die Unternehmenszentrale konzentriert.

Werfen Sie einen Blick hinter die Kulissen und nehmen Sie an einer der täglichen Werksbesichtigungen teil. Anmeldung unter www.carthago.com



carthago
Das Reisemobil.

Carthago Reisemobilbau GmbH • Carthago Ring 1 • 88326 Aulendorf
info@carthago.com • www.carthago.com

An Europa mitwirken

Wie junge Menschen über Projekte und Plattformen für
Völkerverständigung sorgen wollen

Von Paul Martin

Derzeit herrsche ein „perfekter Zustand“ zwischen Deutschland und Frankreich, stellte Hendrik Groth, Editor-at-large der „Schwäbischen Zeitung“, zu Beginn des Gesprächs „Unser Europa, unsere Zukunft“ mit der Geschäftsführerin von Make.org, Sarah Delahaye, und Stephan Elles, Sprecher des Deutsch-Französischen Jugendwerks, fest. „Der wird ja fast als Gott gegeben angesehen.“ Dass junge Menschen, wie Moritz Wille oder Catherine Bogs, die als Projektteilnehmer ebenfalls auf dem Podium vertreten waren, die schwierigen, die kriegerischen Phasen in der deutsch-französischen Vergangenheit nur aus Geschichtsbüchern kennen, ist klar. Doch wie kann man den „perfekten Zustand“ auch für künftige Generationen sichern? Und wie können sich die Bürger in der EU mehr Gehör verschaffen?

In der konkreten Arbeit des Deutsch-Französischen Jugendwerks gehe es unter anderem darum, die Aufmerksamkeit der Politik auf „junge, europäische Themen“ zu lenken, so Stephan Elles. Das findet unter anderem in Projektlaboren mit dem Titel „Unser Europa, unsere Zukunft“ statt. „Was passiert in einem Projektlabor?“, wollte Groth wissen. Je 60 Jugendliche, so Elles, hätten sich in diesem Jahr in Lille im Norden Frankreichs und in Dresden getroffen. An mehreren Tagen habe man dort diskutiert, Ideen entwickelt und Projekte geplant, erklärte die Teilnehmerin Catherine Bogs. Die Idee, die sie mit acht anderen jungen Menschen umgesetzt hat: „Wir wollten auf

die bedrohte Biodiversität in Europa aufmerksam machen. Dafür sind wir 500 Kilometer durch die Gironde, also die Gegend um Bordeaux, geradelt.“ Über die sozialen Medien, Blogs und regionale Zeitungen und Fernsehsender haben die jungen Europäer ihr Thema unter die Leute gebracht. Aber, so Bogs, „die besonders tiefgehenden Gespräche waren oft Zufallsbegegnungen“. Auf diese waren die Radreisenden angewiesen. „Wir haben über Facebook freiwillige Gastgeber fürs Übernachten gesucht und gefunden“, berichtete Bogs. Mit diesen Fremden sei viel über Europa gesprochen worden – und über den Erhalt der Biodiversität.

„Durch solche Projekte wird die ‚Zukunft Europa‘ greifbar für die Leute“, attestierte Sarah Delahaye, die Geschäftsführerin von make.org

in Deutschland. Die Organisation habe über digitale Plattformen über 95 000 Menschen erreicht. So sei herausgestellt worden, was jungen Menschen in Deutschland und Frankreich wichtig ist. Eine verbindliche Klimapolitik etwa, eine stärkere Einbindung der Bürger in die europäischen Institutionen oder die Bekämpfung der Steuerflucht. „Diese Ergebnisse haben wir Vertretern von Regierungen und Parlamenten mit auf den Weg gegeben. Es fand ein Austausch statt – das ist das Wichtigste“, so die Bilanz der make.org-Chefin.

Ob beim Zusammenwachsen Europas nicht die „Dauerforderung“ nach mehr Macht für das Europaparlament ein frustrierendes Thema sei, fragte Hendrik Groth. „Es stimmt, es gibt dort nur kleine Schritte“, antwortete der 20-jährige Student Moritz Wille, ein Teilnehmer an der Online-Konsultation „Unser Europa, unsere Zukunft“. Aber, so Wille, „diese kleinen Schritte gibt es eben nur, weil sich Menschen dafür einsetzen. Das motiviert.“



Der Editor-at-large Hendrik Groth (links) im Gespräch mit Stephan Elles, Catherine Bogs und Sarah Delahaye (2. bis 4.v. li.).

FOTO: TRAUTMANN

Die Verrohung des Diskurses hat in den vergangenen Jahren zugenommen, im digitalen, aber auch im öffentlichen Raum. Wie damit umgehen? Antworten werden nicht nur auf einem Podium gesucht, sondern auch bei einem Angebot, das es beim Bodensee Business Forum so noch nicht gegeben hat.

Wider die Zersetzung

In Krisenzeiten erstarken antidemokratische Kräfte – Wie Gesellschaft, Polizei und Medien reagieren

Von Stefan Fuchs

Die Demokratie muss wehrhaft sein – besonders in Krisenzeiten: Das ist der gemeinsame Nenner auf dem Podium des Bodensee Business Forums am Dienstag in Friedrichshafen. Doch wie müssen Gesellschaft, Politik, Medien und Polizei mit staatszersetzenden Kräften umgehen – und wo sind die Trennlinien zu legitimem Protest? Unter dem Titel „Hauptsache dagegen: Von Querdenken und Putin-Verstehern“ diskutierten darüber Moderator und „Focus“-Journalist Ulrich Reitz, der baden-württembergische LKA-Präsident Andreas Stenger, die BR-Journalistin Susanne Glass, der baden-württembergische Antisemitismusbeauftragte Michael Blume und die Politikwissenschaftlerin Alexa Lenz.

Blume weiß aus eigener Erfahrung: Hassbotschaften, Todesdrohungen und ähnliches verbreiten sich in sozialen Medien rasant – besonders in Krisenzeiten. Er meint deshalb: „Unsere Demokratie sollte wehrhafter werden“. Besonders in der Radikalisierung aus der Mitte der Gesellschaft heraus sieht er eine Gefahr. Verschwörungstheoretiker, Reichsbürger, Antisemiten und Rechtsextremisten, die der freiheit-



Moderator Ulrich Reitz (rechts) diskutiert mit seinen Gästen Michael Blume, Susanne Glass, Andreas Stenger und Alexa Lenz über die Querdenker-Bewegung (von rechts).

FOTO: MICHAEL SCHEYER

lich demokratischen Grundordnung den Kampf angesagt hätten, rekrutierten sich mitnichten nur aus abgehängten, armen oder bildungsfernen Schichten. „Sie können ein Ingenieur sein, hochgebildet und dann gerade ihre Intelligenz dazu nutzen, eine Verschwörungserzählung zu verbreiten.“ Die Ursache für Radikalisierung sieht der Antisemitismusbeauftragte in Verlustängs-

ten. „Wenn es Menschen gut geht, sie aber das Gefühl haben, dass die Dinge ins Wanken geraten – ihr Haus, ihr Unternehmen, ihre Familie – dann ist der Sprung dazu, vermeintlich Schuldige zu suchen, ein kleiner.“ Dann, so Blume, ließen sich viele bereitwillig „abzocken“. „Querdenken ist ein Geschäftsmodell“, ist sich der Stuttgarter sicher. In seiner Heimatstadt hatte

die „Querdenken“-Bewegung einst ihren Anfang genommen, ins Leben gerufen von Michael Ballweg. Der sitzt aktuell in Untersuchungshaft. Der Verdacht: Gewerbsmäßiger Betrug und Geldwäsche. Ballwegs Anwälte halten die Vorwürfe für falsch und fürchten ein politisch motiviertes Verfahren.

Mit den Protesten der „Querdenken“-Bewegung und anderen Maßnahmen-Gegnern in der Coronapandemie ist Andreas Stenger früh in Berührung gekommen. „Ich war in Mannheim von Anfang an bei den Demonstrationen vor Ort“, sagt der LKA-Präsident. Begegnet seien ihm dort radikale Impfgegner und Verschwörungsideologen, sogenannte Reichsbürger, die den Staat nicht anerkennen, Rechtsextreme, aber auch augenscheinlich normale Bürger. Von ihnen erwartet er eine Distanzierung von extremistischem Klientel. „Nicht mit Gewalt, aber zum Beispiel durch räumliche Distanz.“ Stenger stellt allerdings auch klar, dass es Aufgabe der Polizei sei, die Ausübung des Demonstrationsrechts zu schützen. Eine schwierige Gemengelage, wenn gleichzeitig – etwa in der Pandemie – der Schutz anderer Grundrechte vom Gesetzgeber zeitweise höher bewertet wird und Auflagen oder gar Verbote

gelten. Der Polizei werde dann von der einen Seite eine „zu harte Gangart“ vorgeworfen, von der anderen, „zu weich“ zu sein.

Für den Herbst, in dem unter anderem der sächsische Verfassungsschutz aufgrund von Energiekrise, Inflation und Kriegsängsten massive Proteste erwartet, rechnet Stenger mit Herausforderungen. „Wir können und wollen schließlich Demonstrationen nicht per se verbieten. Anders als beispielsweise in Russland.“

Susanne Glass, langjährige Nahost- und Israelkorrespondentin des Bayerischen Rundfunks, ist erstaunt über den Hass und die Radikalität bei deutschen Protesten. „Es gibt auch in Israel Impfgegner, aber ihr Auftreten ist nicht annähernd so radikal“, sagt sie. „Wenn ich sehe, dass sich hier eine junge Frau mit Sophie Scholl gleichsetzt, da möchte ich ihnen gar nicht sagen, was ich darüber denke.“ Die Journalistin erklärt sich die Unterschiede dadurch, dass die Menschen in Israel seit Jahrzehnten ungleich höheren, „und realen“ Bedrohungen ausgesetzt seien. Gleichzeitig fordert sie mehr Transparenz der etablierten Medien und die Vermittlung von Medienkompetenz, ab der ersten Klasse.“ Glass sieht Über-

schnidungen zwischen radikalen Maßnahmengegnern und Menschen, die heute für die Politik des russischen Präsidenten Wladimir Putin auf die Straße gehen. „In meinem Umfeld sind das häufig eigentlich unpolitische Menschen“, sagt sie, die jetzt von den selben Agitatoren erneut aufgehetzt würden. „Ich stelle die steile These auf, dass diese Leute heute nicht wissen, gegen wen oder was sie in drei Monaten demonstrieren.“ Klar sei nur, dass es irgendwie „dagegen“ sein müsse.

Parallelen, beispielsweise zur Antimigrationsbewegung durch Pegida und andere im Jahr 2016 sieht auch Alexa Lenz, die für ihre Doktorarbeit die öffentliche Wahrnehmung von Krisenmanagement untersucht. „Zum Teil gibt es die gleichen Strukturen und den Rückgriff auf den Populismus“, sagt sie. Im Hinblick auf die Wehrhaftigkeit der Demokratie kann Lenz beruhigende Zahlen liefern. Zum harten Kern derjenigen, die die Demokratie und den Staat an sich radikal ablehnen, gehören laut ihrer Auskunft etwa drei Prozent der Bevölkerung. Sympathien für Ideen von „Querdenkern“, Reichsbürgern und Rechtsextremen hegten demnach „zwischen sieben und 20 Prozent“.

Gerne kontrovers, aber immer respektvoll

Im Respektraum können Fremde Grundsätzliches diskutieren

Von Kara Ballarín

Hetze im Netz, Beschimpfungen in digitalen Kommentaren, Mobbing in sozialen Medien: Das Internet hat die Art, wie wir kommunizieren, massiv verändert. Gregor Siebenkotten wollte sich darüber nicht nur ärgern, sondern eine Alternative schaffen. Er hat die Initiative Respektraum gegründet, die inzwischen von einem Verein getragen wird. Solch einen Raum hat er auch beim Bodensee Business Forum 2022 am Dienstag in Friedrichshafen geschaffen.

An den Wänden des Raums wollen Banner, beschriftet mit Thesen, zum Nachdenken an-

regen. „Wissenschaft entzaubert die Welt nicht, sie beschreibt den Zauber“, lautet eine. Eine andere: „Menschenrechte sind nicht Kultur, sondern Natur.“ Im Raum verteilt stehen Tische, umringt mit Stühlen.

Bevor die Teilnehmer des Respektraums jedoch Platz nehmen dürfen, bittet Moderator Johannes Lange zum Spiel, um das Eis der sich unbekannt Menschen zu brechen. Ein Spiel, das zeigen solle, dass Menschen Gemeinsamkeiten teilen, ohne dies zu wissen. Wer hat noch seinen Blinddarm, wer schon mal ein Menschenleben gerettet? Wer war Klassensprecher? Die Menge teilt sich immer wieder neu auf, jeder

findet sich in stets neuen Gruppen wieder, mit dem er oder sie wenigstens ein Merkmal teilt.

Die Thesen an der Wand gibt es ebenfalls in Postkartengröße. Wer sich nun von einer These angesprochen fühlt, schnappt sich diese und stellt sie sichtbar auf einen Tisch – und hofft darauf, Gesprächspartner zu finden, die sich dazusetzen. Das dauert nicht lange, schnell ist der Raum von Stimmengewirr erfüllt.



Johannes Lange (li.) und Gregor Siebenkotten. FOTOS: NILS SCHWARZ/PR

„Wir wollen Räume schaffen, in denen sich die Menschen austauschen können“, erklärt Siebenkotten sein Konzept, mit dem er durch ganz Deutschland tourt. „Sie sollen sich dazu bereit erklären, respektvoll miteinander umzugehen.“ Dabei geht es nicht etwa darum, die aktuellen Aufreger zu diskutieren, sondern um grundsätzliche Werte. „Denn die sind aktuell in Gefahr“, sagt Siebenkotten. Wie, beispielsweise, verteidige ich Menschenrechte gegen Angriffe?

Damit die Diskussionen auch respektvoll verlaufen, gibt es elf Tipps. „Das ist eine Antwort auf verrohete Sprache des digitalen Raums“, erklärt der Schauspieler Lange, der durch die Veranstaltung führt. „Gehen Sie nicht in das Gespräch mit dem Ziel, es zu gewinnen, sondern Ihre eigene Meinung weiterzubilden.“ Oder auch: „Werden Sie niemals persönlich.“ „Fordern Sie Respekt nicht ein, sondern gehen Sie in Vorleistung.“

Die Diskussionen an den Tischen verlaufen so, wie sich das Siebenkotten wohl nicht schöner hätte wünschen können. An einem Tisch diskutieren zwei Männer über die These „Wir denken viel weniger, als wir glauben.“ Sie nehmen sich gemeinsam Begriffe vor wie Meinung, Glauben, Wissen. Und was heißt eigentlich Haltung in diesem Kontext? Sie drehen und wenden diese Worte, ordnen sie ein, besprechen Gefahren falscher Wahrnehmungen und den Einfluss von Boulevardzeitungen als Meinungsmacher. „Inwiefern sind wir dazu fähig, über bestimmte Themen sachlich nachzudenken, und inwiefern sind wir in manchen Bereichen darauf angewiesen, zu glauben?“, fragt einer. Ein anderer antwortet: „Wenn ein Wissenschaftler über sein Thema spricht, glaub ich ihm, weil es genug Anzeichen dafür gibt, dass er weiß, wovon er spricht.“

An einem Tisch haben sich zwei Frauen in die These über die Entzauberung der Welt durch die Wissenschaft vertieft. Das tue sie oft nicht, sondern beschreibe tatsächlich vielfach den Zauber, etwa das Wachsen eines Babys im Mutterleib, sagt eine. Und die andere pflichtet ihr bei.

Vielleicht ist die reale Welt ja doch gar nicht so polarisiert und kontrovers, wie dies die Kommunikation im digitalen Raum suggeriert? Eine Diskutant hat eine andere These: „Vielleicht kommen zu so einem Raum Leute, die ohnehin respektvoll miteinander umgehen“, mutmaßt die Studentin der Biotechnologie an der Hochschule in Biberach. Aus diesem studentischen Umfeld kennt sie Respektlosigkeit allerdings zur Genüge, vor allem in den sozialen Medien, wie sie sagt. Dort käme ein Respektraum gerade recht. „Es wäre toll, so ein Format in die Hochschule zu bringen“, sagt sie.



Respektvoller Diskurs steht im Mittelpunkt des Bodensee Business Forums. FOTO: MICHAEL SCHEYER



IHRE KARRIERE BEI CHG-MERIDIAN

Die CHG-MERIDIAN-Gruppe zählt zu den weltweit führenden Hersteller- und bankenunabhängigen Anbietern von Technologie-Management in den Bereichen IT, Industrie und Healthcare.

Weltweit setzen und 1.300 Mitarbeiter:innen in 28 Ländern alles daran, das Arbeiten mit Technologien effizienter zu machen.

Tragen Sie zur CHG-MERIDIAN Erfolgsgeschichte bei und bewerben Sie sich auf eine unserer Stellen in den Bereichen:

» IT & Operations » Finanzen » Administration » Vertrieb

Jetzt bewerben!

Wir freuen uns auf Ihre Online-Bewerbung unter:
www.chg-meridian.com/start-career/jobs





EINE BERATUNG IST NUR DANN WIRKLICH GUT, WENN SIE EINE PRAKTIKABLE LÖSUNG AUFGZEIGT.

Die BAY GmbH ist eine Wirtschaftsprüfungs- und Rechtsanwaltskanzlei, die sich als Unternehmensberatung an der Nahestelle zwischen Recht, Finanzen und strategischer Beratung positioniert.

Zusammenarbeit ist bei uns mehr als nur ein Marketing-Versprechen. Es ist unser Erfolgsmodell. Fachübergreifend und interdisziplinär arbeiten Juristen, Wirtschaftsprüfer und Unternehmensberater an einem Tisch gemeinsam für das jeweils beste Ergebnis.

Die Welt wandelt sich. Nicht nur unsere Gesellschaft, sondern auch unsere Wirtschaft. Wachstumsorientierte Unternehmen sehen sich mit einer Vielzahl von Herausforderungen konfrontiert: Permanente Krisenbewältigung, Veränderung der Arbeitswelt, höchst volatile internationale Märkte, Innovationen, Nachhaltigkeit, Digitalisierung und steigender Wettbewerbsdruck durch disruptive Geschäftsmodelle.

Unser Anspruch ist, für eine nachhaltige Zukunftsperspektive Ihres Unternehmens gemeinsam mit Ihnen die beste Lösung für Ihre Ideen und Ziele zu erarbeiten und zu integrieren.

BAY
WIRTSCHAFTS-RECHT FORTSCHRITT

BAY GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Rechtsanwaltskanzlei

Uferweg 11
80151 Lindau im Bodensee
Germany

T +49 (0)8322 27 30 79 - 10
F +49 (0)8322 27 30 79 - 30

Zweig Niederlassung München
Hilficher Straße 8
80377 München Germany
T +49 (0)89 46 14 90 - 60
F +49 (0)89 46 14 90 - 78

info@bay-gmbh.com
www.bay-gmbh.com

Universale Rechte sollten weltweit respektiert werden. Doch etwa an globalen Krisenherden oder im virtuellen Raum ist das nicht immer so. Drei Beispiele waren Thema im Graf-Zeppelin-Haus.

Wenn der Vater vor den eigenen Augen getötet wird

Farhad Alsilo hat als Kind den Völkermord des sogenannten „Islamischen Staates“ an den Jesiden überlebt

Von Kara Ballarin

Sicher hätte sich Farhad Alsilo beim Bodensee Business Forum 2022 in Friedrichshafen gerne mit Henriette Kretz ausgetauscht. Was die beiden verbindet, über Generationen und Ländergrenzen hinweg, ist das Erleben von unmenschlichem Grauen. Er, der 20-jährige YouTuber und Autor, hat mit elf Jahren den Genozid des sogenannten „Islamischen Staates“ (IS) an seinem Volk der Jesiden überlebt. Die 1934 geborene Jüdin Kretz überlebte den Holocaust. Aus gesundheitlichen Gründen konnte Kretz jedoch nicht teilnehmen.

Nun berichtet Alsilo Moderatorin Raze Baziani über das „Leben nach dem Völkermord“ – so der Titel der Gesprächsrunde. Sie selbst war aus dem kurdischen Teil des Irak im Alter von vier Jahren mit ihren Eltern vor dem Regime Saddam Husseins nach Deutschland geflohen.

Alsilo kam über einen anderen Weg nach Deutschland. Den Tag weiß er noch genau, es war der 25. Juni 2015 – sein Geburtstag. Er hatte zuvor erlebt, wie sein Vater



Der junge Jeside Farhad Alsilo (Mitte) im Gespräch mit Ali Tatar, dem Gouverneur der nordirakischen Provinz Dohuk. FOTO: KAI LOHWASSER

vor seinen Augen von der IS-Miliz ermordet wurde, wie einige seiner Schwestern von den selbsternannten Gotteskriegerinnen verschleppt und versklavt wurden. Es war die Zeit, in der Jesiden überall auf der Welt um Hilfe und Schutz vor den Gräueln flehten, mit denen der IS die Jesiden im Sindschar-Gebirge im Nordirak überzog.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) legte ein Sonderkontingent auf, durch das 1000 besonders schutzbedürftige Frauen und ihre Kinder nach Baden-Württemberg gebracht wurden. Regie der Aktion führte der heutige Antisemitismusbeauftragte des Landes, Michael Blume, der damals in Kretschmanns Staats-

ministerium Referatsleiter für nichtchristliche Religionen war.

„Er hatte ein Fußballtrikot an“, berichtet Blume am Rande der Veranstaltung von dem Tag, an dem er Alsilo, dessen Mutter und kleine Geschwister ins Flugzeug nach Deutschland setzte. „Die einzige Frage, die er mir gestellt hat, war: Darf ich in Deutschland eine Schule besuchen? Er hat seine Chance genutzt, das ist so schön zu sehen!“ Auf dem Podium sagt Alsilo denn auch: „Herr Blume war meine Hoffnung. Er war Begleiter für mich bis zum heutigen Tag, und ist der größte Grund, warum ich hier ein neues Leben habe.“ Im kommenden Jahr macht er sein Abitur.

Sein Leben in Deutschland war anfangs nicht einfach, berichtet Alsilo. In den ersten Jahren habe er sich benachteiligt gefühlt. Er erlebte Rassismus und Diskriminierung. Das sei zwar auch heute noch der Fall, aber längst nicht mehr so extrem wie damals, als er kaum Deutsch sprach. Der Gedanke an die Ermordung seines Vaters trieb ihn zudem massiv um, Gespräche mit Psychologen halfen wenig. „Es

hat mir geholfen, immer wieder akribisch aufzuschreiben, was passiert ist“, damals noch in gebrochenem Deutsch, berichtet Alsilo. „Beim vierten Mal musste ich nicht mehr dabei weinen. Dann war ich irgendwann so mutig, sogar an Schulen zu gehen und tagtäglich darüber zu sprechen.“ Aus seinem Erleben ist ein Buch geworden.

„Der Tag, an dem meine Kindheit endete“, heißt es. Kraft gebe ihm zudem seine Familie, für die er in die Rolle des Vaters geschlüpft ist.

Viele Jesiden aus dem Sindschar-Gebirge, zudem Christen aus der Ninive-Ebene und sunnitische Araber sind in die Provinz Dohuk im Nordirak geflüchtet. Der Gouverneur der Provinz, Ali Tatar, sitzt mit Alsilo auf dem Podium. Er berichtet von 540 000 Geflüchteten, die damit ein Viertel der regionalen Bevölkerung ausmachten. Seit neun Jahren lebten die Menschen in 20 Flüchtlingscamps. „2014 mussten wir zwischenzeitlich mehr als zwei Millionen Flüchtlinge bei uns aufnehmen“, übersetzt Tatars Dolmetscher.

Warum so viele in seine Provinz strömen, erklärt Tatar mit der

Offenheit, die dort herrsche. „Meine Provinz ist für das Zusammenleben aller ethnischen und religiösen Gruppen bekannt, das ist unsere Kultur.“ Und darauf sei er stolz – auch wenn damit große Probleme verbunden seien. Von der irakischen Zentralregierung gebe es keinerlei Unterstützung oder Geld. Auch habe die Regierung bisher nichts dafür getan, damit die Geflüchteten ins Sindschar-Gebirge oder in die Ninive-Ebene zurückkehren könnten. Infrastruktur gebe es keine dort.

„Wir müssen alle zusammenarbeiten, damit die Menschen in ihrer Heimat bleiben können und nicht auswandern“, appelliert Tatar auch an Deutschland. Bei den Lesern der „Schwäbischen Zeitung“ stößt er damit auf offene Ohren – seit Jahren zeigen sie sich während der Weihnachtsspendenkampagne sehr großzügig. Diese will genau dort ansetzen, wo Tatar den großen Bedarf sieht: in den Flüchtlingscamps seiner Provinz. „Eure Hilfe ist sehr wichtig“, sagt er denn auch den vielen Spendern. „Sie kommt an und hilft ganz genau.“

Hilflos gegen Hass?

Expertenrunde über Gefahren der digitalen Verrohung

Von Michael Wollny

Stellen Sie sich vor, Sie würden als „Dreckschwein“ oder „Stück Scheiße“ bezeichnet. Wenn Sie das nun schockiert, sollten Sie wissen, dass man derartige Kommentare über die Grünen-Politikerin Renate Künast 2019 am Landgericht Berlin zunächst als „eine Auseinandersetzung in der Sache“ und „zulässige Meinungsäußerungen“ bewertet hatte. Auch wenn die Richter ihre Einschätzung später in Nuancen korrigierten, warf der Fall Künast die Frage auf: Ist das Internet ein rechtsfreier Raum? Was

tun gegen Hass, Hetze und Bedrohungen im Netz? Mit eben dieser Fragestellung war die Diskussionsrunde beim Bodensee Business Forum 2022 im Graf-Zeppelin-Haus überschrieben. Hannah Heuser, Rechtswissenschaftlerin an der Uni Leipzig sowie Tanit Koch, ehemalige „Bild“- und RTL-Chefredakteurin, versuchten darauf ebenso Antworten zu finden wie Sven Gösmann, Chefredakteur der Deutschen Presse-Agentur und Roman Portack, Geschäftsführer des Deutschen Presserats. Eine erste Antwort bekam Moderatorin Zara Khan vom Publikum. Auf die Frage, wer dem digitalen Raum denselben Grad an Zivilisiertheit zuspreche wie dem analogen, blieben alle Hände unten. Egal ob Tiktok, WhatsApp, Facebook und Telegram – digitale Plattformen haben den Ruf, Hass und Hetze einen Nährboden bereitet. Lange hatten sich

Social-Media-Betreiber vor ihrer Verantwortung gedrückt. Man war sich auf dem Podium einig, dass bei aller Kritik das Netzwerkdurchsetzungsgesetz ein Schritt in die richtige Richtung war. Seit 2017 werden mit dem NetzDG Anbieter sozialer Netzwerke verpflichtet, gegen Hasskriminalität, Fake News und strafbare Inhalte vorzugehen. Was in der Theorie gut klingt, erweist sich in der Praxis aber mitunter als schwierig, wie Tanit Koch mit Verweis auf den Fall Künast anmerkte. Denn „wie sollen Plattformbetreiber korrekt entscheiden, wenn das nicht mal gut ausgebildete Juristen schaffen?“ Sven Gösmann erkannte hier eine „Emotionalisierung des politischen Diskurses, der neben der digitalen auch zu einer anderen Form der Gewalt führen kann“. Betreiber wie Facebook hätten „Monster geschaffen, die sie selbst kaum mehr zähmen können“.

Fußball im Zeichen der Menschenrechte

Beim BBF diskutierte DFB-Präsident Bernd Neuendorf über das Thema: „Erst Russland nun Katar: Die Fußball-WM in der Kritik“

Von Dirk Grupe

Verrückte Fußball-Welt: Wenn in zwei Monaten hierzulande die ersten Weihnachtsmärkte eröffnen, ist gleichzeitig im Wüstenstaat Katar Kick-off für die 22. Fußball-Weltmeisterschaft. Glühwein, Lebkuchen und Besinnlichkeit einerseits, Public-Viewing, Autokorso und Schlachtgesänge andererseits. Die ungewöhnliche Jahreszeit ist allerdings nur Nebensache angesichts der Tatsache, dass das globale Großereignis überhaupt in Katar stattfindet. Einem Staat, der seit Jahren wegen Menschenrechtsverletzungen in der Kritik steht, der die Arbeiter an den WM-Stadien unwürdigen und auch lebensgefährlichen Bedingungen ausgesetzt hat, der Meinungsfreiheit und sexuelle Selbstbestimmung ächtet.

„Die Situation der Menschenrechte in Katar war klar, sie hat bei der Vergabe für die WM aber keine Rolle gespielt. Das darf nicht mehr passieren“, sagte DFB-Präsident Bernd Neuendorf beim Bodensee Business Forum in Friedrichshafen auf der Podiumsdiskussion „Erst Russland, nun Katar: Die Fußball-WM in der Kritik“.

Neuendorf wurde erst im März dieses Jahres ins Amt eines von internen Intrigen geprägten Fußballverbands gewählt, die WM hat er quasi dazu geerbt. Und sich frühzeitig festgelegt, wie er damit umgehen will, was er nun am Bodensee wiederholte: „Ich bin dezidiert gegen einen Boykott.“

Unterstützung findet er in dieser Haltung bei SPD-Landeschef Andreas Stoch, der auf dem Podium erklärte: „Es fehlt mir der Glaube, dass durch einen Boykott etwas besser wird.“ Denn ein Boykott, so

der Sozialdemokrat, zu einfach, er will den Blick in die Zukunft richten: „Wir sollten aus dem Schlechten etwas Gutes machen und sehen, dass künftig bei einer WM-Vergabe Mindeststandards eingehalten werden.“

Neuendorf betonte, dass der Weltfußballverband entsprechende Schritte bereits eingeleitet hat. Und auch bei den Menschenrechten habe sich etwas getan, die Arbeitsmigranten erhielten inzwischen einen Mindestlohn, sie dürften zu ihren Familien reisen, auch Schutz gegen die teils sengende Hitze sei inzwischen vorhanden. „Es gibt punktuelle Verbesserungen.“

Die Betonung liegt allerdings auf punktuell. Und für viele kommt das Engagement auch zu spät, mindestens 15 000 Gastarbeiter sollen unbestätigten Recherchen zufolge beim Bau der WM-Stätten in Katar ums Leben gekommen sein.

„Viele, viele Tausende sind gestorben – und 70 Prozent davon sind ungeklärte Tote“, sagte Wenzel Michalski, Deutschland-Direktor von Human Rights Watch, auf dem BBF-Podium. „Deren Familien sitzen nun da und bekommen kein Geld.“ Geld, das sie dringend benötigen, damit ihre Kinder zur Schule gehen können und sich eine Zukunft aufbauen können. „Andernfalls wächst die nächste Generation an Arbeitsklaven heran.“

Damit dies nicht passiert, soll ein Wiedergutmachungsfonds eingerichtet werden, dem Vernehmen nach über eine Höhe von 440 Millionen Dollar. „Das muss die FIFA tun, dazu hat sie eine Verpflichtung“, betont Neuendorf. Und nicht nur der Weltverband, auch der katarische Staat, die Baufirmen und Sponsoren seien dazu verpflichtet, erklärt Michalski. „Das ist nichts Luxuriöses. Doch dieser Fonds muss auch erst mal ordentlich eingerichtet werden.“

Was die Initiativen am Ende tatsächlich bringen, wird sich aber erst weit nach dem 4. Advent zeigen. An diesem sonst so besinnlichen Tag steigt in der Wüste das Endspiel der Fußball-Weltmeisterschaft.



DFB-Chef Bernd Neuendorf (rechts) im Gespräch mit BBF-Organisator Hendrik Groth. FOTO: KAI LOHWASSER

STENDER

TECHNISCHE KOMMUNIKATION
SOFTWARE-ENTWICKLUNG
E-LEARNING

Simplify complexity.

Wangen im Allgäu | Koblenz | Ulm | Jena stender-gmbh.de

Wohlstand ist von wirtschaftlichem Wachstum abhängig. Wie lässt sich dieses erhalten, wenn die Energiepreise explodieren? Was benötigen einzelne Branchen, um in Deutschland zu prosperieren? Darum ging es auf zwei Podien.

Energiewende in Zeiten des Krieges

Wie Deutschland seinen Wohlstand in der Krise erhalten kann? – Experten fordern Notmaßnahmen für Unternehmen und Privatleute

Von Claudia Kling

Wenn der frühere Wirtschaftsminister Peter Altmaier recht hat, dann ist die Frage schnell beantwortet, wie in einer Wohlstandsgesellschaft die Energiewende gelingt: so, wie es zu seiner Zeit als verantwortlicher Minister gemacht wurde. Er habe den Ausbau der erneuerbaren Energie vorangetrieben, gleichzeitig aber auch ein offenes Ohr für die Bedürfnisse der Industrie gehabt, sagte Altmaier beim Bodensee Business Forum (BBF) in Friedrichshafen. Der CDU-Politiker war zu Gast, um über Energiesicherheit in Zeiten des Ukraine-Krieges zu diskutieren. Sein Appell: Deutschland brauche einen parteiübergreifenden Konsens in Energiefragen, um stabile Rahmenbedingungen für Industrie und Bevölkerung zu schaffen.

Peter Altmaier hat in der gegenwärtigen Krise einen Vorteil: Er muss keine Entscheidungen mehr treffen, sondern kann mit seiner Erfahrung als langjähriger Berufspolitiker das aktuelle Geschehen kommentieren. Zur Politik seines Nachfolgers Robert Habeck will er sich bei der Diskussionsrunde im Graf-Zeppelin-Haus zwar nicht äußern, doch zur energiepolitischen Lage in Deutschland sagt er

aber doch einiges. Zum Beispiel: Dass man jedem Bürger ein kleines Windrad in die Hand drücken müsse, wenn man weder die Energie aus Kohle- und Gaskraftwerken noch aus Kernkraftwerken haben will. Dennoch geht er davon aus, dass Deutschland ohne größere Engpässe über den Winter kommen wird, „wenn wir alle unserer Verantwortung gerecht werden“. Sollten die Daten stimmen, sehe er keine Gefahr eines Blackouts.

Unternehmen und Bürger im Land stellen sich trotzdem die Frage, was in den nächsten Wochen, Monaten, Jahren auf sie zukommen wird. Vor allem kleinere Selbstständige fürchten, dass die steigenden Energiepreise für sie in der Insolvenz enden könnten. Was ihnen helfen könnte?

„Notmaßnahmen“, sagt Helmut Mennel, Vorstandsmitglied der Illwerke vkg in Voralberg. Vom Vorhaben der EU-Kommission, sogenannte Übergewinne von Kraftwerken abzuschöpfen, um damit Privathaushalte und Firmen zu entlasten, hält Mennel hingegen wenig. Er hat Bedenken, dass die Entlastung tatsächlich ankommt.

Wie können Strompreise bezahlbar gemacht werden?, fragt Moderator Ralph Sina, Auslandskorrespondent der ARD, in die Runde.



Der frühere Wirtschaftsminister Peter Altmaier beim Bodensee Business Forum.

FOTO: MICHAEL SCHEYER

Was ist mit der Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken, mit Fracking, mit Kohlekraftwerken? Allen drei Energiequellen hat Deutschland im Zuge der Energiewende eigentlich eine Absage erteilt, doch wegen des Ukraine-Krieges wird neu darüber diskutiert.

Altmaier lässt erkennen, dass er mit dem Fracking-Verbot in Deutschland nach wie vor hadert. „70 Prozent des deutschen Gasverbrauchs könnten mit Fracking gedeckt werden“, argumentiert er. Doch in der Praxis sei er gescheitert mit der Idee, das Verfahren zu etablieren, weil die Bürger Fracking

nicht vor ihrer Haustüre haben wollten. Die Methode, bei der mit hohem Druck Erdgas oder Erdöl aus tiefen Gesteinsschichten gepresst wird, ist umstritten, weil Verunreinigungen des Trinkwassers befürchtet werden.

Bleibe also die Kernkraft: Barbara Saerbeck, Projektleiterin Grundsatz-

fragen bei der Denkfabrik Agora Energiewende in Berlin, sagt dazu: Die Atomkraft könne im Winter eine Rolle spielen, auch die Bevölkerung sage schließlich ja zum Streckbetrieb. Aber das eigentliche Ziel der Politik müsse es sein, die erneuerbaren Energien auszubauen – und die Energieeffizienz zu erhöhen. Die Bundesregierung hat sich allerdings nach einem sogenannten Stresstest gegen einen Streckbetrieb der Kernkraftwerke entschieden. Stattdessen setzt Habeck auf die Reaktivierung von Kohlekraftwerken, um im Notfall Strom produzieren zu können. Das sei „eine sehr positive Maßnahme“, sagt Georg Stamatelopoulos, Vorstandsmitglied bei EnBW. Sie könnte tatsächlich dazu beitragen, dass die Strompreise sinken.

Wird die Energiewende in Deutschland am Ukraine-Krieg scheitern? Stamatelopoulos sieht das so: Die aktuelle Krise zeige, dass das Ziel der deutschen Politik, unabhängig von fossilen Energiequellen und von Autokratien zu werden, richtig sei. Nur brauche es dafür viel mehr Zeit – 20 bis 30 Jahre. Bis dahin müssten alle klassischen Technologien und auch neue Speichermöglichkeiten genutzt werden, um die Energiesicherheit in Deutschland zu erhalten.

Eine Branche im Aufwind

Medizinforschung könnte hierzulande ein wirtschaftlicher Wachstumstreiber sein

Von Uwe Jauß

Könnte Medizinforschung ein ökonomischer Wachstumstreiber für Deutschland sein? Mit Sicherheit. Da waren sich die vier Diskutanten der entsprechenden Podiumsdiskussion einig. Voran trieb das Thema Frank Mathias, CEO der Rentschler Biopharma SE, Steffen Schuster, CEO ITM Ratiopharma, Peter Sölkner, Geschäftsführer der Vetter Pharma-Fertigung GmbH & Co. KG und Tilman Steinert, Ärztlicher Direktor der Klinik für Psychiatrie der Universität Ulm ZfP Südwürttemberg. Nur über den Weg, wie Medizinforschung vorangetrieben werden sollte, gab es in der Runde Differenzen.

Die Unterschiede erklären sich aus den Rollen der Teilnehmer. Steinert vertrat den öffentlichen Bereich im Medizinsektor, Schuster vor allem die Forschung, während Mathias und Sölkner ihr Gewicht eher aufs Wirtschaftliche setzten.

Eine Kontroverse trat Steinert los, indem er auf die Ausbildung und Grundlagenforschung an den deutschen Universitäten verwies: „Dies bekommen die Unternehmen praktisch kostenlos.“ Er wollte damit sagen, dass sich die Wirtschaft an diesem Punkt Ausgaben spart. Sölkner erinnerte im Gegenzug daran, dass die Unternehmen hierzulande hoch besteuert würden – teilweise spürbar über dem internationalen Niveau. Der Staat würde so Einnahmen bekommen. Gleichzeitig sei dies ein Wettbewerbsnachteil für den Standort Deutschland. Mathias befürwortete in diesem Zusammenhang mehr gesellschaftliche Anstrengungen im Bereich der Medizin.

Indes sprach Steinert die Frage der Mitarbeitergewinnung an. Die Wirtschaft würde die besten Leute rekrutieren können, weil sie einfach höhere Gehälter zahlen könne. Auf der Strecke würde der öffentliche Bereich bleiben. „Es gibt einen Wettlauf um gute Leute“, sagte er. Sölkner gestand dies zu. Er sprach von einem „Verdrängungswettbewerb“. Steinert sprach wiederum den Punkt an, dass es aufgrund der demografischen Entwicklung heutzutage rund 20 Prozent weniger Berufsanfänger im Vergleich zu einer Zeit vor 40 Jahren gebe. Dies erschwere die Personalgewinnung zusätzlich.

Generell sahen alle den Pharmabereich im Aufwind. Sölkner attestierte Vetter „immer noch eine gute Wachstumsrate“. Schuster nannte Stock-Optionen als Möglichkeit, um weitere Entwicklungen zu ermöglichen: „Es steckt viel Dynamik in den Unternehmen.“ Im Hinblick auf die ITM Ratiopharma, die im Bereich von Tumoren große For-

schungsanstrengungen unternimmt, fügte er an: „Die Bekämpfung von Krebs ist ein starker Antrieb für Geldgeber.“ Mathias erinnerte jedoch daran, dass es wichtig sei, langfristig zu denken. Kurzfristige Renditeerwartungen könnten der Medikamentenentwicklung schaden.

Mathias setzte bei diesem Thema nach: „Deutschland hat in der Pandemie gesellschaftspolitisch keine gute Figur abgegeben.“ Vieles sei unsortiert verlaufen. Zudem gingen viele Punkte in Deutschland „schnell in eine Neiddebatte ein“ – soll heißen, viele Leute würden anderen kaum etwas gönnen. Bei Corona sah zudem Steinert ein Problem bei Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD). Er sei vielleicht gut für Debatten in Talkshow-Runden. „Ich würde mir aber mehr konstruktive Arbeit wünschen“, meinte Steinert.

Mathias wiederum wollte zum Schluss der Diskussion positive Signale setzen. Er verwies auf die Entwicklung des Corona-Impfstoffes Biontech. Dies habe gezeigt, „wie kreativ wir in Deutschland sind“. Deutschland habe auch in Zukunft „unheimlich große Chancen“. Sie müssten nur genutzt werden.



Moderator Ulrich Reitz (rechts) mit Tilman Steinert, Peter Sölkner, Steffen Schuster und Frank Mathias (von links nach rechts). FOTO: SCHEYER

Wir sind Vetter:

Verwurzelt in der Region und präsent in der ganzen Welt.

Leidenschaftliche Experten in der aseptischen Abfüllung und Verpackung injizierbarer Produkte.

Jeden Tag im Einsatz, um die Lebensqualität von Patienten weltweit zu verbessern.

www.vetter-pharma.com





Moritz Wille und Sarah Delahaye sprechen über die Jugend und Europa.
FOTO: TRAUTMANN



Tobias Krohn, Leiter Unternehmensentwicklung bei Schwäbisch Media.
FOTO: KAI LOHWASSER



FOTO: MICHAEL SCHEYER



Ganz links: Moderator Ulrich Reitz mit (v. li.) Frank Mathias, Peter Sölkner und Steffen Schuster.

Links: BBF-Initiator Hendrik Groth begrüßt das Publikum und eröffnet die Veranstaltung.
FOTOS: STEFAN TRAUTMANN, MICHAEL SCHEYER



FOTO: MICHAEL SCHEYER



FOTO: MICHAEL SCHEYER



Links: Im Foyer des Graf-Zeppelin-Hauses in Friedrichshafen unterhalten sich die Gäste.
FOTOS: MICHAEL SCHEYER



FOTO: MICHAEL SCHEYER

Ganz links: Peter Altmaier und Annette Schavan am Bodensee.
FOTO: STEFAN TRAUTMANN



Bodensee Business Forum 2022

Eine Veranstaltung von Schwäbisch Media

Vernetzen statt verzweifeln:
Impulse für Wege aus den Krisen

Graf-Zeppelin-Haus
Olgastraße 20
88045 Friedrichshafen
20. September 2022

Alle Informationen und Hintergründe zum Bodensee Business Forum 2022 im Netz auf

schwabisch.de/bbf22



Die Sendung „Chefsache Business Lounge“, die beim BBF aufgezeichnet wurde, wird an folgenden Terminen von Regio TV Bodensee ausgestrahlt:

Sonntag, 25. September 2022
20.00 Uhr bis 21.00 Uhr
22.30 Uhr bis 23.30 Uhr

Schwäbische Zeitung

Gründet 1945

Erscheinungsweise: Werktäglich - Erscheinungsorte: Aalen, Biberach, Einingen, Ellwangen, Friedrichshafen, Laichingen, Laupheim, Leutkirch, Lindau, Ravensburg, Riedlingen, Bad Saulgau, Sigmaringen, Spaichingen, Tettnang, Trossingen, Tuttlingen, Ulm, Bad Waldsee, Wangen.

Redaktion

Chefredakteure: Jürgen Mladek, Andreas Müller, Leiterin Digitale Strategie und Produkte: Steffi Dobmeier, Mitglieder der Chefredaktion: Katja Korf, Jochen Schlosser, Leitender Redakteur (Editorenpool): Dirk Augustin, Politik: Katja Korf, Wirtschaft: Benjamin Wagener, Journal/Kultur: Jonas Voss, Sport: Martin Deek, Beilagen/Wochenende: Simone Haefele, Gestaltung: Hassan Al Mohtasib, alle 88212 Ravensburg, Karlstraße 16

Redaktion Stuttgart: Kara Ballarin, Theresa Gnann
Redaktion Berlin: Claudia Kling
Regionalreporter Allgäu/Bodensee: Uwe Jaub
Korrespondenten in Washington, Moskau, Paris und Brüssel
Druck: SV Druck GmbH & Co. KG Ravensburg, Druckhaus Weingarten

Verlag

Schwäbischer Verlag GmbH & Co. KG Drexler, Gessler
Karlstraße 16, 88212 Ravensburg
Telefon 0751 / 2955-0; Telefax 0751 / 2955-991499
Anzeigen Telefax 0751 / 2955-991139
Geschäftsführer: Lutz Schumacher
Verantwortlich für Anzeigen: Boris Lazar
Marketing und Vertrieb: Ronald Koppelt
Zustellung und Logistik: Alexander Bachmann
Verantwortliche für Zeitungsproduktion: Anita Löst

Für Anzeigen und Beilagen gelten die Geschäftsbedingungen der Preisliste Nr. 75 vom 1.9.2022.

Für den Inhalt der Lokalteile sind die Lokalredaktionen und die lokalen Anzeigenleiter verantwortlich. Für unverlangte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Falls durch Eintritt höherer Gewalt, bei Streik oder Aussperrung keine Zeitung geliefert werden kann, ist eine Entschädigung ausgeschlossen.

Abonnenten-Service: Telefon: 0751 / 29 555 555
Telefax: 0751 / 29 555 556
E-Mail: aboservice@schwaebische.de
E-Mail: redaktion@schwaebische.de